60. Haben die Vorschriften über den Strafantrag einen materiell-rechtlichen oder einen prozessualen Charakter?
Sind für die Prüfung der Frage, ob ein wirksamer Strafantrag vorliegt, dieselben Grundsätze des Verfahrens, insbesondere der Beweis-erhebung, maßgebend, wie für die Feststellung der Schuldfrage, bezw. die Strafbemessung?

St.G.B. §§. 61. 64 Absf. 2.

St.P.D. §§. 156 Absf. 2. 225 flg. 249. 259. 260. 262. 263 flg.

II. Straffenat. Ur. v. 4. April 1882 g. W. Rep. 637/82.

I. Landgericht I Berlin.

Aus den Gründen:

Der Angeklagte ist auf Grund der erstrichterlichen Schlußfeststellung, daß er zu Berlin am 15. März 1881 den Reichskanzler Fürsten von Bismarck beleidigt hat und zwar mittels der Presse, wegen Beleidigung mittels der Presse aus §§. 185. 194. 200 St.G.B.'s in Verbindung mit §. 20 des Pressegesetzes vom 7. Mai 1874 zu einer Geldbuße verurteilt. Seine Revision ist unbegründet. Er rügt: Verletzung von Rechtsnormen des Verfahrens bezüglich der Art und Weise, wie der erste Richter bei Feststellung der Rechtzeitigkeit des Strafantrages des Beleidigten vom 26. Juni 1881 verfahren ist; und zwar speziell zunächst der §§. 249. 259. 260. 263 St.P.O., weil in der Schlußverhandlung vom 9. Januar 1882 das Schreiben des Beleidigten vom 26. November 1881 zur Verlesung gebracht ist; sodann des §. 377 Nr. 8 St.P.O., weil seine Verteidigung in einem für die Entscheidung wesentlichen Punkte durch Beschlüsse des Gerichtes insofern unzulässig beschränkt worden, als seine auf zeugeneidliche Vernehmung des Beleidigten und Einholung einer Auskunft des Polizeipräsidenten zu Berlin gerichteten Beweisanträge in der Schlußverhandlung abgelehnt wurden.

Die prozessualen Beschwerden gehen von der Voraussetzung aus, daß bei Feststellung der Frage, ob seitens des Beleidigten der Strafantrag rechtzeitig gestellt sei, alle diejenigen Prozeßnormen Platz greifen, welche die Strafprozeßordnung für die Hauptverhandlung (§§. 225 flg.) überhaupt gegeben hat.

Diese Voraussetzung ist nicht zutreffend und damit zerfällt dieser Angriff.

Der Angeklagte unterscheidet nicht die Frage nach der Schuld des Angeklagten und eventuell nach der Strafbemessung von der Antragsberechtigung des Verletzten bei den Antragsdelikten. Der Strafantrag steht mit jenen Fragen in keinem inneren Zusammenhange, er gehört bei den Antragsdelikten nicht zum Thatbestande, sondern bildet nur die prozessuale Vorbedingung für die Statthaftigkeit der „Strafverfolgung“ des Thäters.

Dies folgt sowohl aus der Wortfassung des §. 61 St.G.B.'s und

§. 156 St.P.D., als auch aus den entsprechenden Vorschriften des §. 64 Abs. 2 St.G.B.'s und §. 259 Abs. 2 St.P.D., wodurch beim Mangel des erforderlichen Strafantrages oder bei rechtzeitiger Zurücknahme des Strafantrages „Einstellung des Verfahrens“ geboten ist.

Dem gegenüber beruht es lediglich auf einer Inkorrektheit bei der Redaktion des Strafgesetzbuches, wenn die betreffenden Bestimmungen über den Strafantrag im Abschnitte 4 Strafgesetzbuches unter den „Gründen, welche die Strafe ausschließen oder mildern,“ ihre Stellung gefunden haben.

Sind aber die Vorschriften über den Strafantrag nicht als materielle, den Thatbestand und die Strafandrohung betreffende zu betrachten, haben sie vielmehr nur einen prozessualischen Charakter in dem Sinne, daß sie die Zulässigkeit eines Verfahrens auf Strafverfolgung überhaupt präjudiziell regeln, so folgt daraus, daß bei der Prüfung der Frage, ob ein wirksamer Strafantrag vorliegt, diejenigen Bestimmungen nicht maßgebend sind, welche den Beweis der Missethat selbst, bezw. die Strafbemessung betreffen. Ebensovienig, wie der von dem Beleidigten gestellte Strafantrag zu den Überführungsmitteln gehört, welche die Hauptverhandlung gegen den Angeklagten zu liefern hat, fallen die Mittel und Wege, wodurch das erkennende Gericht sich bei Antragsdelikten vom Vorhandensein des Antrages überzeugt, unter den Gesichtspunkt einer Beweiserhebung im Sinne der Strafprozeßordnung und unterliegen deshalb auch nicht den formalen Vorschriften derselben über das bei der Beweiserhebung über die Schuldfrage zu beobachtende Verfahren.

Daß auch die Strafprozeßordnung diesen prinzipiellen Standpunkt einnimmt, und daß insbesondere deren Vorschriften über die Hauptverhandlung (§§. 225 flg.) lediglich die Verhandlung über die in der Anklage, bezw. in dem Eröffnungsbeschlusse bezeichnete „That“ regeln, aus deren Inbegriff und Ergebnissen der erkennende Richter die Überzeugung davon, ob der Angeklagte der inkriminierten That schuldig oder nicht schuldig sei, schöpfen und eventuell entnehmen soll, mit welcher Strafe derselbe ersteren Falles zu belegen sei, erhellt, außer aus der Wortfassung der §§. 260, 263 St.P.D., auch noch aus folgenden Bestimmungen:

Nach §. 262 Abs. 2 St.P.D. begreift die Schuldfrage auch solche von dem Strafgesetze besonders vorgesehene Umstände, welche die „Straf-

barkeit" ausschließen, vermindern oder erhöhen; der §. 264 Abs. 2 a. a. O. verlangt eine Hinweisung des Angeklagten auf die Veränderung des rechtlichen Gesichtspunktes, wenn erst in der Verhandlung solche vom Strafgesetze besonders vorgesehene Umstände behauptet werden, welche die „Strafbarkeit“ erhöhen; nach §. 266 Abs. 2 a. a. O. müssen die Urteilsgründe sich darüber aussprechen, ob solche vom Strafgesetze besonders vorgesehene Umstände, welche die „Strafbarkeit“ ausschließen, vermindern oder erhöhen, für festgestellt oder für nicht festgestellt erachtet werden; endlich müssen die Urteilsgründe nach §. 266 a. a. O. Abs. 1. 3. 4 die gesetzlichen Thatbestandsmerkmale das zur Anwendung gebrachte Strafgesetz, unter Umständen die Entscheidung über Annahme oder Verneinung mildernder Umstände, sowie eventuell die Gründe für die Freisprechung ergeben und sollen die Strafzumessungsgründe anführen.

Alle diese Bestimmungen treffen also Fürsorge für das Verfahren und bezw. den Inhalt des Urteiles, wenn es sich um Feststellung „der That, deren Strafbarkeit und die Strafbemessung“ handelt, während es an Vorschriften darüber gebricht, wie der Umstand konstatiert werden soll, ob der zur „Strafverfolgung“ erforderliche, das ganze prozessuale Strafverfahren bedingende Strafantrag gestellt worden sei.

Dies Schweigen findet eben darin seine Erklärung, daß die Strafprozeßordnung bezüglich der Konstatierung des Strafantrages den Richter nicht an ihre formalen Vorschriften über die Schuldfrage binden, sondern es seinem pflichtmäßigen Ermessen überlassen wollte, auf welche Weise er sich bei diesem Punkte in jedem einzelnen Falle nach Lage der Akten seine Überzeugung verschaffen wollte.

Wenn der Angeklagte für seine entgegengesetzte Ansicht beduziert: „Nach §. 259 St.P.O. sei es Sache der Urteilsfindung, über die Rechtzeitigkeit des Strafantrages zu entscheiden. Jeder Gegenstand der Urteilsfindung sei auch Gegenstand der Hauptverhandlung, da das Urteil nur auf dieser beruhe. Demnach müßten die Regeln der Strafprozeßordnung für die Hauptverhandlung auch Anwendung finden auf die Feststellung, ob der Strafantrag rechtzeitig gestellt worden“, so übersieht er, daß §. 263 St.P.O. als Gegenstand der Urteilsfindung eben nur die in der Anklage (Eröffnungsbeschluß) bezeichnete „That“ aufstellt, wie sich dieselbe nach dem Ergebnisse der Verhandlung darstellt, also nicht aus-

spricht, daß Gegenstand der Urteilsfindung in diesem Sinne auch „der Strafantrag“ sei.

Auch den §. 259 a. a. O. kann der Angeklagte für seine Ansicht nicht anrufen, wie die Entstehungsgeschichte ergibt. Der entsprechende §. 219 des Entwurfes lautete:

„Die Hauptverhandlung schließt mit der Erlassung des Urtheiles, das Urtheil kann nur auf Freisprechung oder auf Verurteilung lauten.

Die Einstellung des Verfahrens ist durch „Beschluß“ auszusprechen, wenn bei einer nur auf Antrag zu verfolgenden strafbaren Handlung sich ergibt, daß der erforderliche Antrag nicht vorliegt, oder wenn der Antrag rechtzeitig zurückgenommen ist“,

und war betreffs Abs. 2 durch den Hinweis auf die Natur der Sache und die Rücksicht der Zweckmäßigkeit motiviert. Auf Beschluß der Reichstagskommission wurde jedoch der Entwurf in die jetzige Fassung des §. 259 St. P. O. dahin geändert, daß auch die Einstellung des Verfahrens durch „Urtheil“ auszusprechen sei und zwar zu dem Zwecke, damit die bezüglich des Strafantrages entstehenden Streitfragen in allen Fällen zur Entscheidung des Berufungs-, bezw. des Revisionsrichters gebracht werden könnten, sodaß das später erkennende Gericht durch die Rechtsansicht des höheren Gerichtes gebunden sei.

(Hahn, Mater. zur St. P. O. S. 877, 1496.)

Über diesen Zweck hinaus kann der gedachten Änderung des Entwurfes eine Bedeutung nicht beigemessen werden. Durch die formelle Gleichstellung der Urtheile auf Freisprechung, bezw. Verurteilung des Angeklagten einerseits und der Urtheile auf Einstellung des Verfahrens andererseits sollten der zwischen diesen beiden Arten der Urtheile bestehende materielle Gegensatz nicht aufgehoben und die in diesen, unter sich verschiedenen Urtheilen zu treffenden Feststellungen nicht den gleichen Beweisvorschriften unterworfen werden.

In Anwendung dieser eben entwickelten Grundsätze auf den vorliegenden Fall dürfte der erste Richter, ohne sich der Verletzung des auf Strafanträge nicht anwendbaren §. 249 St. P. O. schuldig zu machen, das Schreiben des Reichskanzlers Fürsten von Bismarck vom 26. November 1881 in der Hauptverhandlung einfach zur Verlesung bringen und darauf die Überzeugung stützen, daß der Reichskanzler Fürst Bismarck von dem infrimierten Abdrucke des Artikels erst durch die am

2. Juni 1881 erfolgte Vorlegung Kenntnis erlangt habe, und daß demgemäß der Strafantrag vom 26. Juni 1881 rechtzeitig gestellt sei.

Ebenso wenig war er durch die für die Schulfrage geltenden Beweisgrundsätze gehindert, den auf die eidliche Vernehmung des Beleidigten gerichteten Antrag des Angeklagten deshalb abzulehnen, weil er bei Erwägung der vorliegenden sachlichen und persönlichen Umstände diese Vernehmung nicht für ein geeigneteres Mittel zur Erforschung der Wahrheit hielt, als die schriftliche Erklärung des Beleidigten.

Beweisanträge, welche von dem Angeklagten gestellt wurden, um die Verspätung des Strafantrages darzuthun, waren allerdings vom ersten Richter zu prüfen und ihre Ablehnung zu begründen. Aber die Gründe für die Ablehnung einer solchen Beweiserhebung sind für den Revisionsrichter nicht maßgebend, wären sie selbst thatsächlicher Natur.

Deshalb ist es für die Revisionsinstanz unerheblich, ob für die Ablehnung dieser Beweisanträge in der Hauptverhandlung überhaupt und eventuell welche Gründe angegeben sind. Überdies scheidet die Rüge, daß für die Nichtvernehmung des Beleidigten in der früheren Hauptverhandlung vom 14. November 1881 keine Gründe angeführt seien, daran, daß das Urteil auf der gedachten früheren Verhandlung nicht beruht.

Es kommt aber, abgesehen von alledem, hier darauf, ob der erste Richter bei der Konstatierung eines rechtzeitigen Strafantrages etwa prozessual gefehlt habe, gar nicht an. Denn der Revisionsrichter ist, wie schon oben angedeutet, bei einem diesfälligen Angriffe berufen, selbständig nach Lage der Akten zu prüfen, ob ein gehöriger Strafantrag vorliegt. Letzteres ist bei dem Vorhandensein der unstreitig von dem Fürsten Bismarck unterschriebenen beiden Schriftstücke, — nämlich des Strafantrages vom 26. Juni 1881, welcher am 7. Juli d. J. bei der Oberstaatsanwaltschaft und am 11. d. M. bei der kompetenten Staatsanwaltschaft bei dem preuß. Landgericht I zu Berlin eingegangen ist, und des Schreibens vom 26. November 1881, — bei den Akten unbedenklich zu bejahen. Wenn sich der Beleidigte in diesem Schreiben dahin äußert: daß er sich nicht erinnere, von dem Abdrucke des Artikels „Fürst Bismarck, Presse und Richterstand“ in Nr. 6 des ihm bis dahin unbekanntem „Zeitungs-Kuriers“ vom 15. März 1881 früher Kenntnis erlangt zu haben, als am 2. Juni 1881, an welchem Tage ihm ausweislich der Akten des auswärtigen Amtes die betreffende

Zeitungsnummer behufs Entschließung über Stellung eines Strafantrages vorgelegt sei, so ist damit für konstatiert zu erachten, daß der Beleidigte erst am 2. Juni 1881 von dem Inhalte des inkriminierten, am 15. März 1881 publizierten Artikels, sowie von dem Angeklagten als Redakteur des Zeitungs-Kuriers Kenntnis erhalten hat; daß mithin der Strafantrag vom 26. Juni 1881, präsentiert bei der Staatsanwaltschaft am 7., bezw. 11. Juli d. J., rechtzeitig gestellt ist (§. 61 St.G.B.'s.).

Daß der Beleidigte den fraglichen Zeitpunkt nach seiner Erinnerung fixiert hat, schwächt die Erklärung selbst nicht ab, weil in der Vergangenheit liegende Thatfachen eben der Regel nach nur in dieser Weise bezeugt werden können. Es erhellt nach dieser Erklärung des Beleidigten nicht, daß er schon vor dem 7. April 1881 von dem Vergehen und der Person des Thäters Kenntnis erhalten und deshalb den Strafantrag — spätestens am 7. Juli d. J. — zu spät gestellt hat.

Deshalb erachtet der Gerichtshof die zeugeneidliche Vernehmung des Beleidigten über diesen Punkt für nicht erforderlich, vielmehr bei Lage der Sache für vollständig entbehrlich.

Der auf Einholung der Auskunft des Polizeipräsidenten zu Berlin gerichtete Antrag des Angeklagten ist aus dem zutreffenden Grunde des Vorderrichters thatsächlich unerheblich, weil selbst der gelungene diesfällige Beweis den Zeitpunkt, wann der Beleidigte von der That und dem Thäter Kenntnis erlangte, nicht näher darthun würde.